

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 7. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 27. Februar 2013
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 20.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Ines Weihrauch, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack, Patrick Kneubühler, Simon Maurer, Florian Spiegel,
Juliana Weber

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23
18.05 Uhr 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl einer Stimmzählerin/eines Stimmzählers in das **Büro des Einwohnerrates**, anstelle der zurückgetretenen Liane Klauser, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2013) Geschäft 4114
 2. Wahl eines Ersatzmitgliedes für die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle der zurückgetretenen Liane Klauser, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4115
 3. Wahl eines Ersatzmitgliedes für die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Natali Delibasic, SP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4116
-

4. Wahl eines Mitgliedes der **Umweltkommission**,
anstelle des zurückgetretenen Patrik Berger, SVP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4119
5. Wahl eines Ersatzmitgliedes für die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**,
anstelle des zurückgetretenen Patrik Berger, SVP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4120
6. Bericht des Gemeinderates vom 30.01.2013, betreffend
Volksinitiative für einen Quartierrichtplan (neu Masterplanung) WEGMATTEN
Abrechnung des Planungskredits
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3995A
7. Bericht des Gemeinderates vom 19.12.2012, betreffend
Bewilligung und Abrechnung des Nachtragskredites von CHF 50'000.00
zur dringlichen Beschaffung eines Ersatz-Fahrzeuges für die Gemeindepolizei
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4111
8. Bericht des Gemeinderates vom 12.12.2012 zum Postulat
von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend
Wegweiser zu den Partnerstädten
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4012 / A
9. Bericht des Gemeinderates vom 14.11.2012, zum Postulat von
Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2011, betreffend
Alternative Energien und Energiesparmassnahmen bei
Renovation und Neubauten der Gemeindeliegenschaften
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4033 / A
10. Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 23.10.2011,
betreffend **Gemeindeentwicklungskonzept Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4027
11. Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler
und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Bedürfnisabklärung „Netzwerk Palliativmedizin“ in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4092
12. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 12.11.2012, betreffend
Konzept für die Verkehrssicherheit und Förderung des Fussverkehrs
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4103
13. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 15.11.2011, betreffend
Hat das Gremium Einwohnerrat noch seine Berechtigung?
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4030 / A
14. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Umsetzung der Schulreformen in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4094 / A
15. Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 18.11.2012, betreffend
„Bedarfsabklärung und Massnahmen dritte und vierte Generation“
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4104 / A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 7 vom 27. Februar 2013

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur Einwohnerratssitzung vom 27. Februar 2013. Ich begrüsse auch die neuen Einwohnerratsmitglieder und wünsche Ihnen auf diesem Weg alles Gute und viel Erfolg.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich komme zu den Mitteilungen. Letztes Wochenende hat uns die traurige Mitteilung erreicht, unser Parteikollege Peter Zwick ist nach langer schwerer Krankheit verstorben. Ich bitte Sie, einen Moment aufzustehen.

[Kurzes Schweigen]

Mir liegt ein Vorstoss von der SP-Fraktion vor, eine Interpellation, Erneuerung und Umgestaltung der Baslerstrasse, von Bruno Gadola, das wird normal traktandiert.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig versendet. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall, wir fahren somit gemäss der Traktandenliste fort.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl einer Stimmzählerin/eines Stimmzählers in das Büro des Einwohnerrates, anstelle der zurückgetretenen Liane Klauser, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2013), Geschäft 4114

René Imhof, SPV-Fraktion: Wir empfehlen Pascale Uccella-Klauser anstelle von Liliane Klauser.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

://:

Somit ist Pascale Uccella gewählt. Herzliche Gratulation

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatzmitgliedes für die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, anstelle der zurückgetretenen Liane Klauser, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4115

René Imhof, SVP-Fraktion: Wir empfehlen Patrick Kneubühler, der sich für heute krankheitshalber entschuldigt hat.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Herr Kneubühler in diese Kommission gewählt. Alles Gute.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Ersatzmitgliedes für die Geschäftsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Natali Delibasic, SP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4116

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir schlagen Jean-Jacques Winter vor.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Jean-Jacques Winter ist somit für diese Kommission gewählt. Gratulation und viel Erfolg.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Mitgliedes der Umweltkommission, anstelle des zurückgetretenen Patrik Berger, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4119

René Imhof, SVP-Fraktion: Wir schlagen Maya Meisel vor.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Maja Meisel in diese Kommission gewählt. Gratulation.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Wahl eines Ersatzmitgliedes für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Patrik Berger, SVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4120

René Imhof, SVP-Fraktion: Für diese Kommission schlagen wir Stefan Tomek vor. Er sitzt neben mir.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Stefan Tomek in diese Kommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 30.01.2013, betreffend
Volksinitiative für einen Quartierrichtplan (neu Masterplanung) WEGMATTEN
Abrechnung des Planungskredits Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber,
Geschäft 3995A

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich darf Ihnen die Abrechnung eines erfolgreichen Projekts präsentieren. Sie wundern sich vielleicht, weshalb es bei mir gelandet ist. Das ist relativ einfach zu beantworten. Das Projekt musste in einem Zeitraum abgewickelt werden, in welchem wir im Hochbau ziemlich starke Belastungen hatten. Dies hat dazu geführt, dass wir hier entlastend eingegriffen haben und das Geschäft bei uns angesiedelt wurde.

Die Ausgangslage kennen Sie. Wir hatten zwei Volksinitiativen, die sich diametral widersprochen haben. Das war die Initiative "Wegmatten bleibt Grün" und die Initiative "Masterplan". Dem Gemeinderat war von Anfang an klar, dass es ein politisch höchst brisantes Thema ist, welches wir diskutieren. Vor diesem Hintergrund wollten wir von Anfang an ein basisdemokratisches Vorgehen realisieren. Dies stimmt auch mit unseren Zielsetzungen überein, das konnten Sie schon mehrmals feststellen. Dort, wo politisch heikle Themen angesprochen werden, möchten wir basisdemokratisch Bevölkerung, Parteien und Fraktionen in den Meinungsbildungsprozess miteinbeziehen. Aufgrund der Tatsache, dass es eine sehr komplexe und politisch umstrittene Diskussion war, wollten wir Objektivität in diese Diskussion reinbringen, indem wir eine externe Begleitung bemüht haben, was wir relativ selten tun, und wir haben uns das lange überlegt, ob es sinnvoll ist. Aufgrund der Diskussion um die Wegmatten, eines unserer zentralen Landstücke in der Gemeinde, fanden wir es okay, wenn wir das Raumplanungsbüro Stierli & Ruggli beziehen. Dieses Büro kennt Allschwil bestens aus dem Zonenplan Siedlung, sie sind mit der Situation vor Ort bestens vertraut. Ich stelle fest, dass am Schluss die Volksabstimmung vom 17. Juni als durchaus erfolgreich aus Sicht des Gemeinderates und des Einwohnerrates bezeichnet werden darf. Wir haben jetzt einen Masterplan, eine mögliche Skizzierung der Nutzung auf dem Areal Wegmatten, der mit 58% gutgeheissen worden ist. Wir sind jetzt bereits am weiterarbeiten, Sie haben Einladungen erhalten und es sind bereits Anmeldungen eingegangen. Es geht jetzt darum, das Ergebnis der Volksabstimmung weiter zu bearbeiten. Es gibt ein Projektentwicklungskonzept, wozu wir nächste Woche am Donnerstagabend um 19.00 Uhr einen Workshop haben. Wir möchten da extern begleitet und basisdemokratisch, zusammen mit der Bevölkerung und den interessierten Kreisen, die weiteren Schritte auf dem Wegmattenareal erarbeiten. Ich erlaube mir hier noch Werbung zu machen. Bitte kommen Sie auch, es ist ein öffentlicher Workshop nächsten Donnerstag um 19.00 Uhr, damit wir möglichst viele Inputs für den Wettbewerb haben, der dann durchgeführt werden soll.

Bei den Kosten hatten wir CHF 46'980, das war der Teil, den wir abgeholt haben im Einwohnerrat. Ich komme nun wieder zum Anfang zurück. Im Laufe der Entwicklung der Positionen, insbesondere der Einwohnerratsvorlage, hat sich die Gemeinde Allschwil, die Gemeindeverwaltung oder der Gemeinderat vom Hauptabteilungsleiter Hochbau getrennt. Die Kapazität war nicht mehr da, um die Einwohnerratsvorlage, die Visualisierung der Resultate der Workshops und die Instruktionen des Gemeinderates durchzuführen. Dies hat den Gemeinderat dazu bewogen, einen Zusatzauftrag zu sprechen, sodass wir im Verhältnis aufgrund des Zusatzauftrages, den wir Stierli & Ruggli gegeben haben, gegenüber dem ursprünglichen Kredit Mehrkosten haben von CHF 5'697. Das ist trotz allem, gemessen am Resultat, angemessen. Es war wichtig für den Gemeinderat, dass wir mit dieser Volksinitiative und der Volksabstimmung zügig vorangekommen sind. Immerhin sind wir dort an eine Jahresfrist gebunden, innerhalb welcher eine Volksinitiative zur Abstimmung gebracht werden muss. Diese Jahresfrist konnten wir so einhalten. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Detailberatung.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion begrüsst ausserordentlich, dass es einen Workshop gibt in Allschwil, auch wenn, Klammerbemerkung, bei der letzten Staffel nicht das herausgekommen ist, was wir uns gewünscht haben. Es ist eine tolle Sache, dass wir die Mitwirkung der Bevölkerung pflegen. Es zeigt sich immer wieder, dass es gute Lösungen gibt und dass es gut akzeptierte Lösungen sind. Es fördert auch die Sorgfalt der Behandlung in der Bevölkerung. Zwei Anregungen, die wir gerne für die zweite Staffel mitgeben möchten. Es fehlen uns bei den nächsten Workshops die Kinder und die Jugendlichen. Wir würden es sehr begrüssen, wenn es beispielsweise im Sommer einen Wegmattentag gäbe, wo Kinder und Jugendliche Modelle machen könnten, wie sie sich die Nutzung vorstellen, erstens überhaupt und zweitens ist das für sie zukunftsrelevant. Eine zweite Anregung betrifft die Methode bei der Durchführung. Anton Lauber hat von Basisdemokratie geredet. Was ich bei der Konsultativkommission für den Schulbau erlebt habe, war vielleicht gar nicht basisdemokratisch gemeint, ich habe das nicht als basisdemokratisch erlebt. Das war vor allem Information und Zuhören und zur Kenntnis nehmen, und wenig etwas Erarbeiten. Ich habe in Basel einen intensiven Prozess begleitet im Unteren Kleinbasel, da ging es um Spielplätze. Basisdemokratie heisst mit den Leuten arbeiten und sie Ideen entwickeln lassen, und fördern, damit eine Vielfalt von Ideen entsteht, wo man nachher auswählen kann.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir nehmen diese Abrechnung zur Kenntnis. Es ist nicht ganz eine Punktlandung, aber es liegt noch im vertretbaren Rahmen mit 10% mehr. Wir von der SP-Fraktion finden es sehr gut investiertes Geld. Es kam etwas Gescheites dabei heraus, und wir können mit einem guten Konsens weiterfahren. Wir bedanken uns auf diesem Weg dafür.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen, dass es gut investiertes Geld war. Trotzdem kann man der Abrechnung entnehmen, dass es eine Kostenüberschreitung gab. Dies wird mit der Erweiterung des Auftrags begründet. Mit der Erweiterung ist die FDP-Fraktion nicht vollständig einverstanden. Die Ausweitung der Thematik auf das gesamte Siedlungsgebiet, die Vorbereitung der Workshops und die Visualisierung war unserer Meinung bereits am Anfang in diesem Auftrag enthalten und ist somit keine Erweiterung. Wenn dies in der Offerte des Planungsbüros nicht enthalten war, dann ist es ein Fehler bei der Offerte, welcher eigentlich zulasten des Planungsbüros hätte gehen müssen. Zweitens sind wir etwas befremdet darüber, dass das Planungsbüro die Vorlage für den Einwohnerrat geschrieben hat und man dies nicht mit den eigenen Gemeindeangestellten machen konnte. Wir werden zähneknirschend dieser Abrechnung zustimmen und hoffen, dass der Gemeinderat in Zukunft genauer darauf schaut und den Vergleich zwischen Offerte, Auftrag und der Rechnung macht.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion stimmen diesem Kredit zu, ohne Zähneknirschen. Wenn man einen Planungskredit von CHF 50'000 hat und dieser um 10% überschritten wird, dann liegt das im Rahmen. Jeder, der selber mal so eine Planung durchgeführt hat, weiss das.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nimmt dies auch zur Kenntnis. Ich bin nicht ganz der Meinung wie mein Vorredner. Ich möchte den Gemeinderat bitten, wieder etwas zu zügeln bei den Ausgaben, nicht dass man nochmals darüber hinausschiesst. Es ist gut, wenn die 10% einberechnet

werden, aber es muss nicht sein, man könnte dies unten behalten. Ein Franken ist ein Franken. Wenn wir die Zukunft anschauen, dann benötigen wir noch ein paar Franken, damit es uns wieder einigermaßen gut geht.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich möchte noch etwas zur Basisdemokratie sagen. Wie das erarbeitet wurde, ist ein gutes Instrument. Es ist ein neues Instrument in unserer Gemeinde. Ich möchte Herrn Keller beipflichten. Es sollte ein Arbeiten sein mit den Leuten, wo sie ihre Ideen bringen können und nicht nur zur Kenntnis nehmen. Ich weiss auch, wie schwierig es ist, dass Leute etwas Arbeiten wollen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion stimmen dieser Abrechnung zu. Wir meinen auch, dass zukünftig darauf geschaut werden sollte, dass man keine Kostenüberschreitung hat und Vorlagen selber im Einwohnerrat macht. Vorliegend handelt es sich um einen kleinen Betrag. Wenn es sich um einen grösseren Betrag handelt, sollte besonders darauf geschaut werden.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es ist keine Kostenüberschreitung, die Kosten wurden eingehalten. Wir haben einen Zusatzauftrag erteilt, dies einfach zur Klarstellung. Weshalb es diesen Zusatzauftrag gebraucht hat, habe ich eingangs erwähnt. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt keinen Hauptabteilungsleiter und keinen Stellvertreter, damit habe ich alles gesagt, was man zu diesem Thema sagen kann. Kathrin, das sollte euch eigentlich bekannt sein.

Die Basisdemokratie wurde angesprochen. Ja, das ist ein grosses Wort, das gebe ich zu. Wir haben heute bei der Folgeplanung uns Gedanken dazu gemacht, wie wir diese Idee umsetzen können. Was Jürg gesagt hat, stimmt. Wir waren vom Gemeinderat her ein bisschen enttäuscht über die Teilnahme am Workshop. Die meisten waren handverlesen und ihre Meinungen kannten wir bereits im Voraus, auch ohne Workshop. Deshalb auch vorhin meine Einladung, kommt an diese Workshops und bringt euch möglichst breit ein. Da habe ich nicht so viel engagierte Politikerinnen und Politiker an den Workshops gesehen. Man muss diese Gelegenheiten auch nutzen. Der Workshop führt am Schluss dazu, wenn wir über das weitere Wegmattenareal reden, dass wir einen Wettbewerb durchführen werden. Wir haben auch intern eine Manöverkritik gemacht, wie man dies gestalten kann. Trotzdem ist zu erkennen, dass die Mitwirkung der Öffentlichkeit keine absolute ist. Es ist schwierig, die Grenzen zu ziehen, wie weit sie geht oder nicht. Beim neuen Workshop, den wir angedacht haben, haben wir heute mit der externen Begleitung klar definiert, um was es geht. Es geht dort vor allem darum, dass Parameter zuhanden des Wettbewerbs definiert werden. Das ist die Aufgabe des Workshops. Man kann nicht direkt Pläne abgeben, wie man die Wegmatten gestalten möchte, aber man kann die Nutzung beschreiben, also nicht sachlich, sondern die Nutzung, die man gerne auf dem Areal im grünen Teil und im überbauten Teil hätte. Die Vorstellungen der Nutzung auf dem Wegmattenareal fliessen nachher in den Auftrag an den Wettbewerb. Wir haben dann etwas ähnliches wie beim Schulhaus. Wir haben auch dort probiert, ein Mitwirkungsverfahren durchzuführen. Wir sind am Schluss nicht mehr frei, wenn der Wettbewerb durchgeführt wurde. Der Wettbewerb definiert das Konzept schlussendlich. Das wird ähnlich sein, wenn der Wettbewerb hier durchgeführt wird. Es geht vorab um die Definition des Wettbewerbs, was die künftige Nutzung sein soll. Wie wird ausgeschrieben, damit sich die aus unserer Sicht interessanten Architekten, Landschaftsplaner und Investoren melden. Wir haben mehrere Zielsetzungen. Wir haben Landschaftszielsetzungen, Parkzielsetzungen und das Betreute Wohnen als Zielsetzung. Das alles muss unter einen Hut kommen, und das ist das Ziel des nächsten Workshops. Bezüglich Mitwirkung heisst dies, wenn man gerne mehr mitwirken möchte, bringt euch bitte ein. Wir sind bereit, die Mitwirkung so weit wie möglich auszugestalten.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zur abschnittswisen Beratung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir kommen zur Detailberatung.

1. Ausgangslage

2. Auftragserteilung

3. Aufstellung Abrechnungspositionen

4. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Abrechnung über den Planungskredit für die Masterplanung Wegmatten mit ausgewiesenen Kosten von gesamthaft CHF 55'697.70 inkl. 8% MWST wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 19.12.2012, betreffend
Bewilligung und Abrechnung des Nachtragskredites von CHF 50'000.00 zur
dringlichen Beschaffung eines Ersatz-Fahrzeuges für die Gemeindepolizei
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4111

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Im Juni ist dem damaligen Polizeiauto ein grösserer technischer Schaden widerfahren. Dieser Schaden wurde auf CHF 11'000 geschätzt. Im Wissen, dass wir im 2013 weitere rund CHF 5000 investieren müssen in Service, in Reifen und Vorführen, waren wir bei einem Total von CHF 16'000. Im Wissen, dass der aktuelle Zeitwert des Autos nur CHF 7000 ist, hat der Gemeinderat entschieden, das Polizeiauto durch ein neues zu ersetzen. Da wir gerade in die Sommerpause kamen, wo wir wussten, dass die nächste Einwohnerratssitzung erst im September sein wird und auf der anderen Seite die Beschaffungskosten mit CHF 50'000 geschätzt wurden und damit über dem Wert liegen, welcher der Gemeinderat in eigener Kompetenz in einem Einzelgeschäft beschliessen darf – das wären CHF 35'000 -, hat der Gemeinderat, weil er die Polizei nicht ohne Auto hat dastehen lassen und sich auch nicht auf Zusatzkosten durch eine Miete einlassen wollte, gestützt auf Gemeindegesetz Paragraph 157b, die Beschaffung für dringlich erklärt. Dies erlaubt ihm, die Beschaffung zu beschliessen, aber natürlich muss er nachträglich mit einem Nachtragskredit dies vom Einwohnerrat absegnen lassen. Ich habe Sie in der Septembersitzung des Einwohnerrates über die Fakten in Kenntnis gesetzt. Ich habe Sie dort auch informiert, dass wegen einer Panne der Nachtragskredit noch nicht auf dem Tisch liegt. Dies ist der Grund, weshalb er erst heute hier liegt, zusammen mit der Abrechnung. Es geht darum, jetzt den Beschluss des Gemeinderates vom 4. Juli über die dringliche Beschaffung, CHF 50'000, nachträglich abzusegnen. Dies liegt in Ihrer Finanzkompetenz. Gleichzeitig können Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Beschaffung erfolgt ist, darüber hat Sie mein Departementstellvertreter, Anton Lauber, bereits in der Novembersitzung in Kenntnis gesetzt. Sie haben das Auto sicher auch bereits unterwegs im Dorf gesehen, das gelb/blau Fahrzeug ist sehr dominant und wird wahrgenommen. Daraus resultieren zwei Anträge. Der erste Antrag ist das Absegnen des Gemeinderatsbeschlusses über die CHF 50'000, und daraus erfolgend auch die Abrechnung, welche Sie zur Kenntnis nehmen können, dass die effektiven Kosten CHF 42'600 betragen.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Wir nehmen diesen Nachtragskredit zur Kenntnis, es bleibt auch nichts anderes übrig. Es war sicher sinnvoll, dies so zu handhaben. Es ist erfreulich, dass es etwas billiger war als ursprünglich angenommen. Eine Anmerkung habe ich noch. Bei der Ausgangslage habe ich gestaunt, dass das alte Auto auf 11 Jahre abgeschrieben wurde, das finde ich extrem optimistisch für ein Polizeifahrzeug. Es ist jetzt im Jahr 8 kaputt. Sanitätsfahrzeuge und Feuerwehr- und Polizeiautos werden in der Stadt auf sechs bis acht Jahre abgeschrieben. Elf Jahre hier ist zu viel, das ist fast etwas blauäugig. Sinnvollerweise wird das neue Auto nicht auf elf Jahre abgeschrieben. Wir werden dem Nachtragskredit zustimmen.

Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion: Die GLP/BDP-Fraktion sichert der Polizei ihre volle Unterstützung zu. Wir finden es deshalb gut, dass der Auftrag des Gemeinderates durchgeführt wurde, damit kann auch die Polizei ihren Auftrag ordnungsgemäss wahrnehmen. Uns hat irritiert, dass wir erst heute über diesen Entscheid abstimmen. Scheinbar, das nehmen wir so zur Kenntnis, hat eine Panne dazu geführt. Wir finden es toll und sind zufrieden, dass man keine Luxuslösung angestrebt hat. Ich kann die Unterhaltskosten von CHF 19'000 nicht ganz verstehen, aber darüber müssen wir hier auch nicht weiter diskutieren.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nimmt diesen Bericht zur Kenntnis. Es ist ein schönes Auto, das sieht man. Die Frage, die ich persönlich stelle, ist: Muss es so eines sein? Machen können sie sowieso nichts, wenn sie etwas machen sollten. Da könnte man auch ein Velo nehmen, anschreiben und durch das Dorf fahren. Das war meine persönliche Äusserung, nicht dass das verwechselt wird. Man hat hier die Kosten im Griff gehabt, danke.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion schliesst sich weitgehend den Vorrednern an. Wir sind froh, ist die Gemeindepolizei gut ersichtlich und wieder mobil unterwegs.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion stimmt dieser Vorlage ebenfalls zu. Für uns ist es klar, dass die Polizei für die Aufgabenausübung auf ein Fahrzeug angewiesen ist. Es macht wenig Sinn, ein Fahrzeug zu reparieren, welches im juristischen Sinn einen wirtschaftlichen Totalschaden hat.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Noch kurz zu Herrn Bieri. Die grossen Feuerwehrautos, die Lastwagen, werden auf 20 Jahre abgeschrieben und die kleinen Feuerwehrautos auf 10 oder 12 Jahre. Das ist normal, das ist nicht erschreckend.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Lukas Mussler hat gesagt, dass er nicht weiss, wie man auf die CHF 19'000 kommt. Ich weiss es auch nicht, wenn man die zwei richtigen Zahlen zusammenzählt, sind es CHF 16'000. Ich entschuldige mich für den Fehler im Bericht.

Rolf Adam, Präsident: Wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, dann schliessen wir diese Beratung ab und wir kommen zur Abstimmung.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für die erfolgte Ersatzbeschaffung des Fahrzeuges der Gemeindepolizei Allschwil wird ein Nachtragskredit von CHF 50'000 gemäss Gemeinderatsbeschluss 439 vom 04. Juli 2012 bewilligt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Die Abrechnung über die Ersatzbeschaffung des Polizeifahrzeuges der Gemeindepolizei Allschwil mit ausgewiesenen Beschaffungskosten von CHF 42'598.15 wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Traktandum 8

Bericht des Gemeinderates vom 12.12.2012 zum Postulat von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend Wegweiser zu den Partnerstädten Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4012 / A

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Herr Zimmermann hat grad gesagt, ich solle es kurz machen. Er hat eigentlich recht, denn Josi ist nicht da. Es wäre schon schön, wenn man ihm auch einmal Recht geben könnte. Jetzt verpasst er das ausgerechnet heute Abend. Sie haben gesehen, wie in etwa diese Wegweiser aussehen könnten. Wir sind bereit, dies in dieser Form zu machen.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung als Ganzes.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion finden das eine sehr schöne Geste mit den Wegweisern zu den Partnerstädten und stimmen dem zu.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion kann diesem Wegweiser auch zustimmen. Wir begrüßen es, dass wir die unterhaltsärmere Variante 2 ausgewählt haben.

Daniela Werren, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion findet sowohl den Standort als auch die Art des Wegweisers eine gute Idee und wir betrachten dies auch als erledigt.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Wir haben in der Fraktion verschiedene Meinungen. Die einen haben Freude an den Wegweisern, die anderen finden sie unnötig. Ich gehöre zu denen, die sagen, dass es eine herzige Idee ist. Die CHF 1'500 bringen weder Plaj noch Pfullendorf etwas. Wir wissen, dass es diese Gemeinden gibt und ich würde es nicht machen.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir kommen zur Detailberatung des Geschäfts 4012A.

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Das ist meine persönliche Meinung. Ich finde den Standort Gemeindepark nicht optimal. Wenn schon, würde ich dies vor dem Gemeindezentrum aufstellen und nicht im Park hinten. Das ist meine persönliche Meinung.

3. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum Antrag.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat 4012A wird als erledigt abgeschrieben.

//:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 9

Bericht des Gemeinderates vom 14.11.2012, zum Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2011, betreffend Alternative Energien und Energiesparmassnahmen bei Renovation und Neubauten der Gemeindeliegenschaften Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4033 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Schon mehrmals durfte ich hier drin berichten über Liegenschaften der Gemeinde Allschwil, wo wir verschiedene Massnahmen zur Energievermeidung beschlossen haben, also Energiesparmassnahmen, oder wo wir von Anfang so geplant haben. Unsere Kindergärten werden nach dem Minergie-P-Standard geplant und ausgeführt. Der Ziegelei-Kindergarten steht, man kann ihn bereits anschauen. Wie Sie dem Bericht entnehmen konnten, wird es schwieriger, wenn die Gemeinde eingemietet ist. Der heutige Standard seit 2009, wo Baubewilligungen seit Juli zählen, ist Minergie-Standard gleich wie die gesetzlichen Grundlagen für eine Baubewilligung. Das heisst: Wer seit Juli 2009 eine Liegenschaft bauen möchte, muss den Minergie-Standard mehr oder weniger anwenden, wenn er eine Baubewilligung erhalten will. Sollten wir uns in älteren Liegenschaften einmieten, dann ist dies nicht gewährleistet. Der Gemeinderat erachtet es nicht als zweckmässig, in jedem Fall auf so etwas einzugehen. Wir müssten uns von verschiedenen Liegenschaften, wo wir mit dem Zweck zufrieden sind – ich denke an verschiedene Kindergärten -, trennen, und das möchten wir dann doch nicht. Aber wir geben uns Mühe, weiterhin Minergie-Standard oder sogar Minergie-P-Standard als Vorbildfunktion herauszugeben, und so vor der Bevölkerung dazustehen. Wir unterstützen auch Photovoltaik, wir haben das ganze Feuerwehrmagazin mit einer Photovoltaik-Anlage bestückt. Diese wird von einem dritten Unternehmer betrieben, aber immerhin sind es gemeindeeigene Dächer, welche so Strom erzeugen können. Dementsprechend gibt dies auch der Bevölkerung ein Vorbild, wie man es auch machen könnte. Ich bitte Sie, dieses Postulat abzuschreiben.

Rolf Adam, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Beratung als Ganzes.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke für die mündlichen und schriftlichen Ausführungen. Im Grossen und Ganzen sind wir und ich damit einverstanden. Es wird von Wirtschaftsverbandlung geredet. Es geht um ein Label, es geht um Interessen und es kommt auch der Wirtschaftsförderung und den KMU zugute. Es ist klar, dass diese Leute auch Interesse haben, solche Sachen zu machen. Labels sind nicht das Beste und Grösste, was es gibt, aber es ist greifbar. Es garantiert einen einigermaßen überlappenden Standard bei allen Sachen, die gebaut werden. Reine Absichtserklärungen sind personenbezogen. Ein kleiner Wechsel in der Verwaltung oder beim Gemeinderat, je nach Interesse, die vertreten werden, wird es durchgesetzt oder eben nicht. Beispiel Nachhaltigkeit. Solange jemand von den Entscheidungsträgern Gewicht darauf legt, ist alles okay. Wenn sich die Schlüsselpositionen ändern, dann kann es plötzlich egal werden und es bleiben leere Worte. Zum Thema Einmieten, das ist klar ein Problem. Man kann nicht fordern, wenn man keine grosse Auswahl hat, und dem Vermieter keinen Druck aufsetzen kann. Dort, wo man langfristige Verträge macht, kann der Gemeinderat vielleicht mehr Druck machen, damit der Vermieter besseres auf Gemeindeniveau erwartetes Engagement zeigt. Eine Absichtserklärung ist für mich nicht bindend. Ich frage mich, wo dies verankert ist? Im Protokoll von heute abend? Wenn ich in ein paar Jahren, die Einwohnerräte frage, die heute hier waren: Du, was haben wir damals besprochen? Es wäre gut, wenn wir es irgendwo festsetzen könnten, Es muss am Schluss sowieso definiert werden, sei das im Protokoll, bei den nächsten Bauvorgaben oder mit einem Label wie Minergie P. Ich danke für die Antwort und ich hoffe, dass sich der Gemeinderat selber beim Wort nimmt bezüglich seiner Absichtserklärungen. Für uns ist es okay.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Danke für den Bericht. Uns hat gestört, dass in einem Abschnitt steht: "So verpflichtet sich der Gemeinderat". Wir sind der Ansicht, dass man die finanzielle Tragbarkeit jeweils

mitberücksichtigen soll. Da stellte sich bei uns die Frage, was hier die Mehrkosten für unser neues Schulhaus sind. Wenn man "verpflichtet" schreibt, dann stellt sich die Frage, ob es zu einem Kostentreiber werden kann, was nicht immer nötig wäre. Wir stellen darum den Antrag, dass eine Korrektur in dieser Satzstellung stattfinden soll.

Rolf Adam, Präsident: Wie soll dieser Antrag lauten, Frau Balsiger?

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: "verpflichtet, sofern finanziell tragbar". Unseres Erachtens kann man das hier schreiben, aber schlussendlich ist es dann doch nicht verpflichtend. Seite 3 im letzten Abschnitt, zweite oder dritte Zeile.

Rolf Adam, Präsident: Wir nehmen es ins Protokoll auf, aber diesen Antrag können Sie so nicht stellen.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von den Grünen und von der EVP freuen uns über den Vorstoss. Wir freuen uns auch darüber, wenn der Gemeinderat dies heute umsetzt. Was übermorgen ist und wer dann dort sitzt, weiss man nicht genau. Die Stossrichtung stimmt, man sieht das beim Feuerwehrmagazin. Man sieht es, wenn es um das Isolieren geht, bei der Kindergarten- und Schulhausplanung. Diese Franken, die dort eingesetzt werden, zum richtig Isolieren, sparen wir beim Heizen wieder ein. Das geht wirtschaftlich auf, da habe ich keine Angst.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? Das ist nicht der Fall.

Jürg Vogt, 2. Vizepräsident: Wir kommen zur Detailberatung.

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

3. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

3.1 Das Postulat Nr. 4033 wird als erledigt abgeschrieben.

:::

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

:::

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 10

Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 23.10.2011, betreffend Gemeindeentwicklungskonzept Allschwil

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4027

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich bin überrascht, dass ich noch etwas sagen darf, aber ich mache das gern. Wir sind für die Entgegennahme und dann darf man meistens nicht mehr so viel sagen.

Aufgrund der Bedeutung des Vorstosses lohnt es sich vielleicht doch. Es ist klar, dass wir in letzter Zeit, das ist sehr löblich, enorm viele Konzepte erarbeitet haben. Viele Konzepte sind vorhanden in der Gemeinde Allschwil. Die Frage ist, ob man diese Konzepte konsolidieren muss, also diese in ein einziges zusammenfügen, um sich darüber Gedanken zu machen, ob es einen besseren Überblick, einen Mehrwert für die Gemeinde Allschwil und eine bessere Planung ergibt. Diese Gedanken kann man sich machen. Die andere Frage ist, ob wir mit den verschiedenen Konzepten, die wir heute haben, in allen Bereichen jederzeit der künftigen Entwicklung der Gemeinde Allschwil Rechnung tragen. Also die Planbarkeit oder die Terminierung der Gesamtentwicklung der Gemeinde Allschwil. Ich kann mir vorstellen, dass man sich über ein Gesamtentwicklungskonzept Gedanken machen kann. Es gibt dafür auch eine Richtplanmöglichkeit. Die Gemeinde Allschwil hatte bis anhin im Rahmen der Zonenplanung Siedlung ein Siedlungsentwicklungskonzept und im Rahmen der Zonenplanung Landschaft ein Landschaftsentwicklungskonzept. Vor Jahren haben wir gesagt, dass wir keinen Richtplan auf kommunaler Ebene ins Auge fassen. Ich kann mir vorstellen, dass der kommunale Richtplan dieser Idee des Gemeindeentwicklungskonzept nachkommen könnte. Wir sind bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen, um dann zu beantworten, in welcher Form wir daran weiterarbeiten möchten.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte, damit es formell richtig ist, einen Gegenantrag stellen. In der Fraktion sind bei uns zwei Fragen aufgetaucht, welche für unsere Entscheidungsfindung relativ wichtig sind. Wir möchten nachfragen, wie detailliert dieses Konzept ausfallen soll und welche Kostenschätzung es gibt.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Jetzt müssen wir aufpassen, dass wir uns an die formalen Vorgaben des Einwohnerratsreglement halten. Heute abend geht es um die Frage der Überweisung des Postulats. Es geht nur um die Frage, ob der Gemeinderat prüfen und berichten soll. Der Gemeinderat ist bereit zu prüfen und zu berichten. Im Bereich des Prüfens und Berichten werden wir den Detaillierungsgrad prüfen und wir werden auch auf die Kosten hinweisen, welche wir bereit sind einzusetzen für die Umsetzung des Gemeindeentwicklungskonzepts. Der Inhalt der Beantwortung dieses Postulats ist es, solche Fragen zu beantworten. Mir fällt auf heute abend, dass alle von Nachhaltigkeit und Kostenbewusstsein reden. Ich darf Ihnen heute abend ein für allemal die Sicherheit geben, dass der Gemeinderat Allschwil maximal kostenbewusst ist und wir nicht alle fünf Sekunden daran erinnert werden müssen. Umgekehrt erinnere ich gerne den Einwohnerrat an sein Kostenbewusstsein, wenn andere Beschlüsse anstehen.

Kathrin Gürtler, Präsident: Die erhaltene Antwort befriedigt uns und wir sind froh, dass man im Rat über diese Fragen diskutieren kann. Wir ziehen den Gegenantrag zurück.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über die Überweisung ab.

://:

Das Postulat wird einstimmig überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 11

Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend Bedürfnisabklärung „Netzwerk Palliativmedizin“ in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4092

Arnold Julier, Gemeinderat: Frau Misslin und die GLP/BDP-Fraktion fragen, ob in absehbarer Zeit dieses Thema aufkommen wird und ob abgeklärt wird, ob im Wegmattenareal ein solches Hospiz

ingerichtet werden soll. Ich kann bezeugen, dass die Palliativmedizin in Allschwil bereits ein aktuelles Thema und ein bearbeitetes Thema ist. Wir haben im Alterszentrum Palliativ-Care erarbeitet und seit anfangs Jahr ist dies aktuell dort drin. Die Thematik haben wir dort aufgenommen, die ethischen Anforderungen, und der Stiftungsrat hat das Konzept verabschiedet und es ist in Betrieb. Die Palliativmedizin ist bei der Spitex und dem Spitex-Personal ein Thema. Wir können auch Einkäufe machen bei der spitalexternen Onkologiepflege, das machen wir auch, sie übernimmt diese Aufgabe in speziellen Fällen. Die zweite Frage ist die Abklärung einer Hospizeinrichtung auf der Wegmatten. Nach Annahme der Abstimmungsvorlage Masterplan Wegmatten durch die Bevölkerung von Allschwil, hat sich der Gemeinderat dazu entschlossen, dass er eine Testplanung für die Wegmatten macht. Dafür ist ein Workshop vorgesehen am 7. März. Dort kann man kommen und auch über das diskutieren. Da soll unter anderem auch auf die Anforderungen des Betreuten Wohnens hingewiesen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt kann der Gemeinderat keine Angaben darüber machen, ob auf dem Areal Wegmatten ein Hospiz realisiert werden kann oder soll. Es zeigt sich im Rahmen der Testplanung und des Workshops, ob es sinnvoll ist, neben dem betreuten Wohnen ein Hospiz für Palliativmedizin einzurichten. Der Gemeinderat empfiehlt die Nichtentgegennahme des Postulats.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Information. Ich weiss, dass das Alterszentrum Palliativmedizin einführt oder eingeführt hat. Das ist Palliativ-Care im Alter. Ich wurde gebeten, kurz zu sagen, was Palliativ-Care ist, gewisse Leute wissen nicht, was es ist. Ich habe einen Satz gefunden: „Palliativ-Care verbessert die Lebensqualität von Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen und chronisch fortschreitenden Krankheiten. Sie umfasst medizinische Behandlungen, pflegerische Interventionen sowie psychische, soziale und spirituelle Unterstützung in der letzten Lebensphase“. In Würde sterben. Das Thema Palliativ-Care hört man selten in Allschwil. Im Spitex-Leistungsvertrag, im Anhang, habe ich festgestellt, dass die Möglichkeit, Palliativ-Care extern einzukaufen, besteht. Ich hatte ein paar Fälle in Allschwil auf privater Basis, wo es gewisse Komplikationen gab. Es würde zu weit gehen, wenn ich hier darüber sprechen würde. Das Thema ist heikel. Das sind Menschen, die schwer krank sind und ihre Angehörigen, und sie müssen sich mit dem Tod befassen. Mit dem Tod befassen, drückt man weit weg. Ich befasse mich seit 2007 mit Palliativmedizin. Ich begleite im Freundes-, Bekannten- und Familienkreis solche Leute, indem ich im Haushalt helfe oder durch Gespräche. Palliativmedizin oder Palliativ-Care, wie es heute genannt wird, hat nicht nur mit Onkologie zu tun, sie betrifft nicht nur den kranken Patienten, sondern unmittelbar Angehörige und Partner. Als ich das Postulat abgegeben habe, habe ich gesagt, dass man den Club vom 28. August schauen soll. Ich weiss nicht, wer es geschaut hat. Aber dort konnte man feststellen, dass vielerorts mit Palliativ-Care nicht richtig umgegangen wird. Es wird oftmals mit dem Alter in Bezug gebracht. Für die Menschen, die schwer krank sind und zuhause sterben möchten, fehlen gewisse Komponenten. Es ist richtig, dass die spitalexterne Onkologiepflege 180 Stellenprozente hat. Es ist eine Stelle mit 70%, eine mit 60% und zwei mit 20%, diese betreuen rund 240 Menschen. Sie können sich vorstellen, wie viel Zeit der einzelne hat. Die ganze Abwicklung, was den seelischen Schmerz betrifft oder die soziale Komponente, und auch der spirituelle Schmerz, kann durch die Spitex oder durch die spitalexterne Onkologiepflege nicht abgedeckt werden. Es braucht viele Leute, die mithelfen, das Ganze zu tragen. Ich habe dieses Postulat nicht offen geschrieben, weil ich gedacht habe, dass man sonst noch auf andere Ideen kommt. Es ist ein bisschen eng, wenn ich mich auf die Wegmatten beziehe. Ich möchte den Einwohnerrat sensibilisieren, sich mit Palliativ-Care zu befassen. Es gibt eine Strategie auf Bundesebene, die sagt, dass die Kantone bis 2012 ein Netzwerk im Kanton errichten müssen. Ich möchte eine Folie zeigen, damit Sie sehen, wie das 2011 ausgesehen hat. Baselland hat im Oktober am Kongress von Palliativ Schweiz nicht so gut abgeschlossen. Ich dachte, dass Allschwil als Vorreiter fungieren könnte und das Ganze ausbaut, nicht nur in Allschwil/Schönenbuch, sondern auch im Leimental. Es ist sicher, dass die Spitex mitmachen muss. Das Pflegepersonal, welches mit Palliativ-Care zu tun hat, muss entweder die Ausbildung haben in Palliativmedizin, das dauert zwei Jahre, und zusätzlich als Pflegepersonal, oder eine Onkologie-Ausbildung. In Baselland bzw. Basel-Stadt gibt es das Hospiz Hildegard, das Claraspital und das Hospiz im Park. Ich möchte heute abend nicht zu sehr über den Kanton schimpfen, das wäre pietätlos. Aber es sind Massnahmen nötig und ich finde, Allschwil könnte die Öffentlichkeit informieren. Oberwil hat im November, das war Rita Schaffter, Gemeinderätin, einen öffentlichen Informationsanlass gestartet. Es gab sehr viele Leute, die diesem Anlass beigewohnt haben. Dort gab es einen Vortrag mit Heike Gudat Keller vom Hospiz im Park Arlesheim. Ferner wurde ein Manifest beim Kanton eingereicht von den Alterszentren, von Palliativ Schweiz und von der Spitex. Ich dachte, dass man hier etwas ins Leben rufen kann. Vielleicht muss ich mir Gedanken dazu machen, wie man dies anders lösen kann.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion sind uns durchaus bewusst, dass die Förderung der Palliativpflege nötig und sinnvoll ist. Unserer Meinung nach muss es über einen

Leistungsauftrag des Kantons laufen. Das ganze Postulat ist uns zu überladen. Für eine solche komplexe Aufgabenstellung braucht es Spezialisten, weil die Thematik auch sehr umfangreich ist. Bereits jetzt gibt es verschiedene Zentren in der Nähe von Allschwil. Die FDP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion ist einstimmig dafür, dass dieses Postulat überwiesen wird. In der Gesellschaft hat in den letzten Jahren ein Umdenken stattgefunden, was die letzte Lebensphase und der Tod angeht. Einerseits die Diskussion um die Sterbehilfe, aber vor allem auch um die Frage des "wo" und darum geht es hier. Es muss nicht unbedingt sein, dass man im Spital auf die Welt kommt und im Spital stirbt. Es ist der Wunsch von sehr vielen Menschen, nicht nur von Betagten, sondern auch von totkranken, um dieses Wort zu benutzen, dass sie in ihrer gewohnten Umgebung ihre letzten Wochen und Tage verbringen können. Es geht um etwas, das sehr direkt mit der Menschenwürde zu tun hat. Wenn wir uns die Kosten anschauen, dann ist es sicher so, dass der Betrieb eines Hospiz oder hospizähnlich deutlich teurer wird, als wenn man dies über die Spitex macht. Da weiss ich, von was ich rede, ich habe lange in der Abteilung für Langzeitpflege gearbeitet im Gesundheitsdepartement Basel-Stadt. Auch von dieser Seite her erscheint es als durchaus prüfenswert. Wir bitten Sie darum, diesem Postulat zuzustimmen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Es ist schade. Im November 2012 hat die EVP eingeladen zu einem Abend "Ethik am Lebensende". Das war sehr eindrücklich, die Referenten haben darüber gesprochen, wie sich das Gesellschaftsbild verändern wird und der Anteil von Menschen über 80 Jahre dramatisch grösser wird und damit auch die Chance von schweren Erkrankungen. Man hat alle Möglichkeiten dargestellt bekommen von der pflegerischen Unterstützung, vor allem auch die Sterbebegleitung. Es ist klar, dieses Postulat finden wir alle begrüßens- und unterstützenswert. Mit der Idee vom Hospiz habe ich Mühe. Einerseits wegen der Möglichkeit der kurzen Wege für die Angehörigen oder eben Zuhause die Sterbenden begleiten zu dürfen. Auch in Allschwil kennen wir den Slogan "ambulant statt stationär". Das würde dem etwas widersprechen, wenn die Wege nicht so lange sind. Ich fände es besser, wie es von den Vorrednern gesagt würde, wenn man dies mit der Spitex koppeln würde. Sie könnten den Schwerpunkt mehr zur Palliativmedizin hin setzen und das Personal dafür speziell ausbilden. Ansonsten möchten wir gerne, dass dieses Postulat überwiesen werden kann.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist nicht für eine Überweisung. Wir sind der Ansicht, dass es nicht Gemeindeaufgabe ist, diese Sache zu klären. Wir befürworten die Palliativmedizin und wir schätzen das auch. Wir sind nicht gegen das, sondern wir sind der Ansicht, dass es nicht die Aufgabe der Gemeinde ist, dies zu regeln. Wir haben Organisationen, das wurde bereits erwähnt. Die Spitex hat bereits Leute, die ausgebildet sind in diesem Segment. Vielleicht könnte man dies erweitern, aber das wäre Sache der Spitex. Aber wir selber müssen sicher nichts auf die Beine stellen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist alles gut und recht, was hier gesagt wurde, es ist ein schwieriges Thema. Betreffend der Angehörigen ist es klar, das steht auch im Alterskonzept klar drin. Die Betreuung der Angehörigen spielt eine wichtige Rolle. Ich meine, dass das Netzwerk vom Kanton kommen sollte. Wenn man ein Hospiz macht, dann sterben Leute in Allschwil. Aber ob sie immer Palliativmedizin brauchen, ist dann eine andere Frage. Ob es so einfach ist, ein Hospiz zu machen, das sehe ich momentan nicht. Dies würde auch das Alterszentrum irgendwie konkurrenzieren, denn dort wird es am meisten vorkommen, dass man die Palliativmedizin braucht. Die Spitex und das Spitexpersonal gehen auch in diese Richtung. Man könnte jemand oder mehrere bei der Spitex spezialisieren auf diese Medizin. Aber dass man jetzt extra ein Konzept und ein Hospiz haben muss, sehe ich weniger. Der Gemeinderat ist ebenfalls dieser Meinung.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte doch noch etwas sagen. Es ist richtig, dass der Kanton der Drahtzieher sein sollte. Ich möchte hier erwähnen, dass Pia Fankhauser im 2008 ein Postulat eingereicht hat, das heute noch in der Schublade liegt. Ich dachte, dass Allschwil als Vorreiter fungieren könnte. Ich ziehe schweren Herzens das Postulat zurück, werde aber ein neues bringen.

Rolf Adam, Präsident: Besten Dank.

PAUSE

INFO-FENSTER

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zum Info-Fenster des Gemeinderates.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben zwei Mitteilungen vom Gemeinderat. Es geht um die Bundesempfangsstelle im Asylantenwohnheim. Wir haben den Vertrag abgeschlossen, ich habe vor langer Zeit darüber orientiert. Beim Bezug gab es gewisse Verzögerungen. Das war insbesondere darum der Fall, weil die Brandschutzmassnahmen noch eingebaut werden mussten. Diese bestanden darin, dass man nur noch Kippfenster hat und eine Brandschutztüre und Brandschutzabschnitte eingebaut hat. Seit Februar sind wir dort operativ und die ersten Menschen sind eingezogen. Jetzt wird langsam aber sicher das Asylantenwohnheim gefüllt. Wir hatten eine Führung und haben dies angeschaut. Es sieht noch so aus wie vorhin, es ist nur ein bisschen freundlicher geworden. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, intern einen strukturierten Tagesablauf zu haben, indem man selber kocht mit den Geldmitteln, die zur Verfügung stehen. Das ist das gleiche Betreuungskonzept, welches wir vorher hatten, und sehr positiv ist. Wir sind da auf einem guten Weg. Wir durften auch feststellen, dass die Securitas vor Ort ist. Es gibt eine Präsenzkontrolle, welche gemacht werden muss, damit man weiss, wer drinnen und wer draussen ist. Es geht bei dieser Sicherheitskontrolle nicht primär nur darum, die Menschen, die bei der Empfangsstelle sind, zu kontrollieren, ob sie da sind oder nicht. Es geht vor allem auch darum sicherzustellen, dass niemand, der nicht da rein gehört, auch nicht dort drin ist. Einen anderen Aspekt, der auch wichtig ist, haben wir mit den Sicherheitsverantwortlichen besprochen. Es gibt immer jemand innerhalb für die Sicherheit und es gibt eine Aussenpatrouille, es ist auch immer aussen jemand für die Sicherheit bedacht. Und es gibt auch Überwachungsmöglichkeiten des Aussenraumes der Empfangsstelle. Gleichzeitig haben Absprachen stattgefunden mit der GePo und der KaPo. Damit möchte ich nicht den Teufel an die Wand malen, es funktioniert bis jetzt alles problemlos. Die Empfangsstelle darf auch als Belohnung empfunden werden, es ist leicht bequemer als in der Stadt. Diejenigen, die sich gut geführt haben, kommen zu uns. Ansonsten besteht ein Dispositiv, die Menschen sind eingebunden in der Empfangsstelle mit den Abklärungen und haben dadurch auch einen geregelten Tagesablauf, weil sie im Asylverfahren drin stecken und diese Abklärungen getroffen werden müssen. Soviel zur Empfangsstelle.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich möchte Sie kurz über den Stand des gemeinderätlichen Projekts Parkraumbewirtschaftung informieren. Die Phase Grobkonzept ist abgeschlossen, das Grobkonzept liegt vor. Der Gemeinderat hat es vor den Fasnachtsferien zur Kenntnis nehmen können und gutgeheissen. Wir kommen jetzt zum Detailkonzept und zum Reglement, dies wird in der nächsten Phase erstellt. Heute hat der Gemeinderat beschlossen, dass eine Konsultativkommission eingesetzt wird, welche diese Projektphase begleitet. In dieser Konsultativkommission möchten wir sechs Personen haben, die die Wohnbevölkerung vertreten, und drei Personen, die die Interessen des Gewerbes vertreten. Für die Wohnbevölkerungsververtretung werden wir die sechs Einwohnerratsfraktionen dazu einladen, eine Person vorzuschlagen. Hier suchen wir Leute, die sich in dieser Thematik auskennen und sich vertieft damit auseinandersetzen möchten. Das muss eine Person sein, die in Allschwil wohnhaft ist. Das kann jemand aus Ihrer Fraktion sein, das muss aber nicht sein, es kann auch jemand aus Ihrem Umfeld sein. In Kürze werden die Fraktionspräsidenten von uns angeschrieben.

Rolf Adam, Präsident: Gibt es weitere Neuigkeiten aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 12

Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 12.11.2012, betreffend Konzept für die Verkehrssicherheit und Förderung des Fussverkehrs

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4103

Robert Vogt, Gemeinderat: Zum Postulat von Bruno Gadola muss ich ein bisschen ausholen, weil im letzten Jahr bereits umfangreiche Abklärungen im Bereich Verkehrssicherheit und Fussverkehr vorgenommen wurden. Zunächst möchte ich um das erste Blatt bitten. Am Anfang möchte ich Ihnen die Eckdaten vorstellen, als zweites kann ich Ihnen die Ergebnisse der Schwachstellenanalyse bringen und als drittes habe ich Ihnen ein paar Praxisbeispiele vorbereitet, welche wir in den nächsten zwei Jahren umbauen möchten. Als Grundlage haben wir die gemeinderätliche Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014, wo wir bereits fixiert haben, dass wir die Sicherheit für Fussgänger und Velo erhöhen möchten in Allschwil. Dazu hat uns das Postulat von Armin Bieri, Nr. 4050, welches letzten April im Einwohnerrat überwiesen wurde, dazu beauftragt, eine Studie durchführen zu lassen, wo die Schwachstellen in Allschwil liegen. Wir haben diese Studie Pestalozzi & Stäheli übertragen, welches ein Büro ist, das dies kritisch beurteilt. Sie haben tatsächlich Ziele definiert, nämlich die Förderung und Stärkung des Fuss- und Veloverkehrs, das Erkennen und Beseitigen von Schwachstellen und die Wahrung und Verbesserung der Schulwegsicherheit, alles sehr wichtige Themen. Sie haben das gemacht, indem sie die Situation in Allschwil analysiert haben. Sie haben das Unfallgeschehen, welches bisher passiert ist, ausgewertet und die Schwachstellen aufgelistet. Das zweite Blatt bitte. Ich komme jetzt zu den Ergebnissen der Schwachstellenanalyse. Pestalozzi & Stäheli haben festgestellt, dass grundsätzlich in Allschwil ein sehr hohes Sicherheitslevel vorhanden ist für den Fuss- und Veloverkehr. Grössere Massnahmen befinden sich bereits in Planung, wie zum Beispiel der Veloweg von Allschwil nach Oberwil, der ausgebaut werden soll, die Erneuerung der Baslerstrasse, wo ein separater Radweg hinter den Autos gemacht werden soll, und das Trottoir beim Herrenweg, welches ein grosses Sicherheitsbedürfnis abdeckt, und der Rad- und Fussweg, den wir beim Hegenheimermattweg erneuern möchten. Die Schwachstellen, welche benannt wurden, waren doch 50 an der Zahl, und bewegen sich in den Bereichen Markierungen und Signalisation, bei der Verbesserung der Sichtweiten und in der Verbesserung der Platzverhältnissen und in der Erhöhung der Anzahl Veloabstellplätze. Die Umsetzung soll in den nächsten zwei Jahren realisiert werden, dies im Rahmen des ordentlichen Strassenunterhalts. Wir haben da kein zusätzliches Budget dafür eröffnet.

Jetzt komme ich zu den Beispielen. Da sehen Sie einen Ausschnitt aus dem Bereich Baslerstrasse/Parkallee. Die roten Kreise stellen eine der 50 Massnahmen dar, welche das Büro herausgefunden hat. Ich bitte um das nächste Bild, Beispiel 1. Hier sehen Sie das Schulhaus Gartenstrasse. Hier haben wir einen typischen Fall, wo wegen fehlender Markierung wild parkiert wird. Das ist natürlich gefährlich für unsere Schulkinder, die sich dort bewegen. An dieser Stelle wird in Zukunft eine saubere Signalisation angebracht, damit dies in Zukunft vermieden werden kann. Bitte das zweite Beispiel. Hier sehen Sie einen Einbahnverkehr, wo ein Velofahrer daherkommt, und wo die Sichtweite zu den Fussgängern, die die Strasse überqueren möchten, sehr ungünstig ist. Auch da gibt es eine klare Massnahme, wie wir das in Zukunft vermeiden möchten, damit es keinen Konflikt zwischen Fussgänger und Velofahrer gibt. Bitte das nächste Beispiel. Beim dritten und letzten Beispiel zeige ich die Tramhaltestelle Ziegelei, wo heute die Velos wild durcheinander fallen, das ist nicht das Bild, wie wir es antreffen wollen. Hier möchten wir Veloständer anbieten, wo man das Velo fixieren und abschliessen kann. Und mit der Erneuerung der Baslerstrasse möchten wir gedeckte Abstellplätze schaffen. Alle, die Velofahren, wissen, dass dies sehr viel angenehmer ist, wenn man zum Velo zurück kommt, und ein trockenes Velo hat. Das sind drei Beispiele aus den 50 Massnahmen. Sie können sicher sein, dass wir dies seriös verfolgen werden in den nächsten zwei Jahren. Deshalb bitte ich Sie heute, das Postulat von Bruno Gadola abzulehnen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich danke Gemeinderat Vogt für die Ausführungen, sie haben mich sehr positiv überrascht. Es wurde glaub noch nie ein Postulat in dieser Schnelligkeit erfüllt. Es wurde entgegengenommen und grad realisiert, das ist wunderbar und wahrscheinlich einmalig im Parlamentsbetrieb. Ich habe das Postulat sehr gerne formuliert, weil es aus dem Quartier kam. Das ist etwas, was bei mir selten vorkommt, nämlich dass die Quartierbevölkerung an einen Einwohnerrat gelangt und verlangt, dass jetzt endlich die Verkehrssicherheit im Fokus steht und realisiert werden soll. Sie werden sehr glücklich und froh sein, aus der Presse wahrscheinlich zu erfahren, dass es bereits erfüllt ist und weitere Massnahmen realisiert werden. Damit renne ich offene Türen ein, es ist ein schönes Zusammentreffen von Postulat und der gemeinderätlichen Arbeit. Es ist darum berechtigt, dass wir es so sein lassen.

Rolf Adam, Präsident: Herr Gadola, ziehen Sie das Postulat zurück?

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es würde mich schon reizen, wenn alle Punkte in meinem Postulat überprüft werden. Aber ich gehe davon aus, dass dies gemacht wird, Herr Vogt? Gut, dann ziehe ich das Postulat zurück.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich könnte helfen, den Gewinn zu vergrössern. Als ich Einwohnerrat geworden bin, habe ich alle hängigen Geschäfte zugeschiedt erhalten. Ich habe gesehen, dass man hier einige noch einbeziehen und abschreiben könnte. Es gibt zum Beispiel eines aus dem Jahre 2001 betreffend Verkehrssituation am Lindenplatz, dann gibt es eines aus dem Jahr 2008 betreffend Velosicherheit längs des Hegenheimermattwegs, es gibt eines aus dem Jahr 2009, Trottoirabsenkung, es gibt eines aus dem Jahr 2010 betreffend Velofreundlichkeit.

Rolf Adam, Präsident: Herr Keller, das Postulat wurde zurückgezogen, die Punkte werden erfüllt. Ich gehe davon aus, dass die aus den vorhergehenden Jahren hier auch drin enthalten sind.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Schön, wenn das so gemacht wird, danke.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 13

Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 15.11.2011, betreffend
Hat das Gremium Einwohnerrat noch seine Berechtigung?
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4030 / A

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Als ich diese Interpellation gelesen habe, habe ich mich gefragt, ob der Gemeinderat wirklich die richtige Instanz ist, um darauf eine Antwort zu geben. Eigentlich ist es grundsätzlich so, dass sich der Einwohnerrat mit sich selber beschäftigt und sich selber von Zeit zu Zeit hinterfragt. Nichts desto trotz war der Gemeinderat der Meinung, dass wir auch aus unserer Sicht mal ein Licht auf die Zusammenarbeit werfen und ein paar Gedanken dazu abgeben. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Rat. Man hat es gesehen bei Robi Vogt vorhin und Bruno Gadola hat sich auch darüber gefreut. Aber wir können nicht immer in vorseilendem Gehorsam arbeiten, das können wir leider nicht versprechen. Aber wir können zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat manchmal schneller ist als der Einwohnerrat, und dass wir die Voten im Einwohnerrat sehr ernst nehmen. Wir versuchen diese mit in unseren Entscheidungsprozess und in den Führungsprozess einzubeziehen.

Die erste Frage heisst: Wie empfindet der Gemeinderat die Einwohnerratssitzungen. Da muss man ein bisschen überlegen, bis man weiss, was man hier antworten soll. Ich nehme nicht an, dass Sie meine Gefühlslage interessiert. Eine objektive Antwort: Ich und der Gemeinderat als Ganzes schätzen den Austausch im Einwohnerrat sehr. Wir erleben es als informativ. Wenn man immer zu sieb zusammen ist mit der Verwaltung, dann ist das gut, aber es findet natürlich nur ein beschränkter Austausch statt. Das ist letztendlich das Thema bei den grossen Projekten, wo wir noch mehr den Fächer öffnen möchten mit den Konsultativkommissionen, welche wir in mehrere Prozessen hatten, um an die Meinungen heranzukommen. Ich glaube, ohne allzu gross in Eigenlob auszuberechnen, der Gemeinderat berücksichtigt nach Möglichkeit die verschiedenen Äusserungen bei der Umsetzung der Aufgaben, welche wir vom Einwohnerrat erhalten.

Die zweite Frage: Ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der Einwohnerrat effizient arbeitet? Das ist eine spezielle Frage, das kommt sehr auf den Standpunkt darauf an. Wenn ich Recht erhalte, war es effizient, wenn ich nicht Recht erhalte, war es ineffizient. Man kann auch hier einen objektiven Ansatz anwenden. Man kann sagen, dass ich es noch nie erlebt habe, dass wir wegen dem Einwohnerrat oder seinen Kommissionen, auch wenn eine Sitzung zu lange ging, und das wissen wir alle, dass es dies schon gegeben hat, in eine zeitliche Not gekommen sind mit einem Geschäft. Das ist eine Feststellung, ich kann ein paar Jahre zurückschauen. Das darf an dieser Stelle auch einmal erwähnt sein. Ich zweifle in diesem Sinn nicht an der Effizienz des Einwohnerrates. Ich stelle fest, dass die Zusammenarbeit mit der GPK und der Fireko sehr gut ist. Ich weiss, dass sich gerade diese beiden Kommissionen immer nach der zeitlichen Decke strecken müssen. An dieser Stelle bedanke ich mich für das Engagement, welches hier entgegen gebracht wird. Wir machen einen Terminplan ab und dieser Terminplan wird von beiden Seiten eingehalten. Dies führt dazu, dass wir diesen riesigen Papierberg und das riesige Arbeitspensum

gemeinsam bewältigen können, und dies mit einem ansprechenden Tiefgang. Ich meine, das kann man als positiv berücksichtigen. Dass der politische Meinungsbildungsprozess manchmal ineffizient erscheinen kann, ist möglich. Trotz allem, kann eine Meinung, mit der man selber nicht einverstanden ist, trotzdem bereichernd sein. Es wäre falsch, sie als ineffizient abzutun. Das ist die Art, wie der Gemeinderat die Zusammenarbeit versteht. Es gibt immer wieder einen interessanten gedanklichen Input, welchen man einem Votum entnehmen kann.

Wenn man fragt, ob es zu viele Vorstösse gibt im Einwohnerrat, dann meine ich, dass es bei uns einigermaßen friedlich zu und her geht. Es ist nicht die Quantität, sondern die Qualität der Vorstösse. Dazu muss ich nicht viel sagen. Wenn man den Frankenbetrag anschaut, dann ist es schon so, dass eine Beantwortung eines Vorstosses im Einwohnerrat viel Arbeit gibt. Aber dieses Instrumentarium haben wir und das gibt uns die Chance, uns weiterzuentwickeln. Darum ist es gut für den Einwohnerrat, den Gemeinderat und die Gemeinde Allschwil, wenn wir diese Instrumente nutzen, zugunsten der Weiterentwicklung der Gemeinde Allschwil. Wir sind mitnichten im Bereich der Ineffizienz, wenn wir schauen, wie sich die Gemeinde Allschwil präsentiert heute. Die Zahlen haben Sie im Bericht gesehen mit den Begründungen pro und contra, es sind auch immer in etwa die gleichen. Für mich ist es immer interessant, Verantwortung und Finanzkompetenz auseinander zubrechen. Das ist etwas, was wir heute auch zwischen den Zeilen immer angesprochen haben. Die Budgethoheit und die Frage, was wir wo für was ausgeben, liegt beim Einwohnerrat. Er beschliesst die Ausgaben und wir setzen sie exekutiv um. Gleichzeitig tragen wir trotzdem die Verantwortung für ein langfristiges gesundes Finanzwesen in der Gemeinde Allschwil. Das ist nicht immer ganz so einfach. Ich darf aber auch feststellen im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen, die wir zu einem sehr grossen Geschäft hatten, dass wir auch hier zielführend und auf einer guten Basis miteinander die Thematik Finanzen bewältigen. Wichtig ist für mich, dass wir immer nach Möglichkeit, die Objektivität verpflichten und versuchen nach bestem Wissen und Gewissen den Gesamtrahmen zu erkennen. Ich meine, dass wir dies bis jetzt geschafft haben. Ich war heute Morgen in der Sitzung der Konsultativkommission Finanzausgleich Baselland. Ich darf immer wieder feststellen, dass die Gemeinde Allschwil sehr gut positioniert ist. Das erfüllt mich auch immer wieder mit Stolz.

Könnte sich der Gemeinderat vorstellen, dass der Einwohnerrat abgeschafft wird? Das ist eine hypothetische Frage, welche ich mich nicht getraue zu beantworten. Es liegt nicht in meinem Zuständigkeitsbereich, dies zu diskutieren. Da ist alles und nichts möglich. Man sieht das, wenn man in die Runde schaut im Kanton Basel-Landschaft. Es gibt Gemeinden, die haben ihn abgeschafft, andere haben ihn eingeführt. Ich habe mal im Internet geschaut, es gibt immer mehr oder weniger die gleichen Argumente. Man kann mit den gleichen Argumenten beschliessen, dass man einen möchte, und mit den gleichen Argumenten, dass man keinen möchte. Es gibt bei diesem Thema keine absolute Wahrheit, wie meistens nicht in der Politik. Ich bin davon überzeugt, dass der Einwohnerrat bei der Grösse der Gemeinde Allschwil ein notwendiges und angemessenes Instrument ist, sodass wir hier professionell zusammenarbeiten können.

Wünscht sich der Einwohnerrat die Durchführung von Gemeindeversammlungen? Das habe ich umgekehrt bereits beantwortet. Ich weiss, da steckt der Gedanke dahinter, dass die Kommission nur beratenden Charakter hat. Am Schluss beschliesst der Gemeinderat. Das macht es für den Gemeinderat natürlich ein bisschen einfacher, das ist klar. Aufgrund der konstruktiven Zusammenarbeit hat der Gemeinderat überhaupt keine Mühe mit dem Einwohnerrat und würde keine Einführung der Gemeindeversammlung verlangen. Es wird immer wieder gesagt, dass man in der Gemeindeversammlung direkter am Puls der Bevölkerung ist. Ich wage das zu bezweifeln. Die Gemeindeversammlungen finden vier mal im Jahr statt. Bei komplexen Geschäften ist es schwierig, alle Leute mit an Bord zu nehmen. Wir haben viele grosse Geschäfte vorbereitet und vorberaten in den Kommissionen, das ist ein sehr grosser Vorteil. Dazu haben wir die Antwort auch gegeben mit den Konsultativkommissionen und den Arbeitsgruppen, die wir einberufen haben, und auch mit den Workshops, die allesamt mit einem enormen Aufwand verbunden sind, verwaltungsintern. Einen Workshop vorbereiten, ist für uns die viel grössere Belastung, als ein Postulat zu beantworten. Das ist es uns Wert. Der Erfolg, den wir damit hatten, zum Beispiel auch bei der Wegmattenabstimmung, gibt uns da Recht. Jeder kann eine Einzelinitiative im Einwohnerrat einreichen. Das ist ein Instrumentarium, welches nie genutzt wird. Theoretisch können die Bürger eine Einzelinitiative im Einwohnerrat einreichen und sich damit trotz allem direktdemokratisch einbringen, auch wenn sie selber nicht gewählte Einwohnerrätinnen oder Einwohnerräte sind. Und das Finanzreferendum gibt es auch, das ist allen bestens bekannt. Dies sind die Überlegungen des Gemeinderates zu den Fragen von Josua Studer. Ich bin froh, auf diese Art aus der Sicht des Gemeinderates ein paar Aspekte zu beleuchten für die Zusammenarbeit. Wie gesagt, vielleicht ist dies nicht im Sinne des Erfinders der Interpellation, aber wir sind sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat.

Rolf Adam, Präsident: Da der Interpellant nicht mehr unter uns ist, gibt es keine Diskussion. Ich gehe davon aus, dass er mit dieser Antwort zufrieden ist.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Keine Ahnung, was er denkt. Ich möchte gerne auf ein paar Sachen eingehen. Vor allem die letzte Frage hat mich sehr fasziniert, nämlich ob sich der Einwohnerrat eine Gemeindeversammlung vorstellen könnte. Diese Antwort haben wir uns nicht gegeben, wir sind es auch nicht gefragt worden. Klar kann man sagen, dass es Volksgruppen in Allschwil gibt, welche volksnah sind und gerne mehr Volk hier drin hätten, Volksgruppen, die technokratischer sind und gerne mehr Verwaltung hier drin hätten, andere sind beredet oder nochmals andere sind belesen, humorvoll oder trocken, ein paar sind interessiert und ein paar sind anwesend. Ich schaue zu Kurt rüber. Wenn wir diese Legislaturperiode fertig machen, dann haben wir 16 Jahre Parlament und noch ein bisschen mehr Jahre Kommissionsarbeit hinter uns. In dieser Zeit gab es hier drin dreimal einen vollen Zuschauersaal. Einmal, als es um die Feuerwehr ging, bei Traktandum 2 war der Saal leer. Und einmal, als es um die Hündeler ging, die Hundesteuer. Man ist fast nicht reingekommen und man musste dicke Hosen anziehen. Auch danach war der Saal wieder leer. Und einmal, als es um eine Schliessung eines Kindergartens ging. Hier vorne lagen Kinder am Boden und haben gezeichnet, und der ganze Saal war voll mit Eltern und Grosseletern. Schauen Sie in den Saal, es ist schön, sind ein paar hier, die sich interessieren. Danke übrigens, dass Sie hier sind, ich meine nicht nur die Presse, sondern die andern. Eine Gemeindeversammlung ist eine Betroffenheitspolitik. Ich gehe, weil es mich interessiert. Wir sind Delegierte von einer ganz grossen Gruppe von Allschwiler, wenigsten von denen, die gewählt haben. Die Pluralität ist wichtig hier drin. Der Gemeinderat hat es gesagt, wir haben ein gewisses Gewicht und wir können mitgestalten. Das dünkt mich sehr wichtig, dass wir eine kritische Mitarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung einfordern und diese auch erhalten. Das war meine Antwort zu Frage 4. Ich habe Sie auch hoffentlich für euch beantwortet. Toll, seid Ihr da und macht mit.

Rolf Adam, Präsident: Zur Erinnerung, es ist keine Diskussion. Die Interpellation ist erledigt und abgeschlossen. Diejenigen, die jetzt ein Wortbegehren haben, dürfen das noch loswerden, danach möchte ich gerne weiterfahren.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Ich wollte nur zwei Zahlen loswerden. Man geht davon aus, dass im Schnitt 3% – 4% der Stimmberechtigten eine Gemeindeversammlung besuchen. Wenn ich das für Allschwil umrechne, dann sind das rund 400 Personen. Das wäre wünschenswert, aber wir bräuchten eine neue Aula. Bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 30% ist die Referendumsmöglichkeit grösser als eine Gemeindeversammlung.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 14

Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Umsetzung der Schulreformen in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4094 / A

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich möchte jetzt nicht die Antworten vorlesen, sondern nochmals darauf zurückkommen. Diese Antworten sind mit der Schulleitung zusammen entstanden. Die Schulleitung hält sich an den Fahrplan, welchen das AVS ihnen vorgibt, sofern diese Schritte vorhanden sind. Sie können immer nur so viel machen, wie ihnen gegeben wird. Ich möchte hier folgendes deponieren. Wenn Sie Fragen haben, Anregungen oder etwas diskutiert haben möchtet, dann geht auf eure Schulräte zu. Im Schulrat können wir dies zusammen mit der Schulleitung aufnehmen und debattieren. Auch Anregungen, welche bezüglich Harnos entstehen, können wir diskutieren und probieren umzusetzen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich danke Franziska Pausa für die Interpellationsbeantwortung. Die ganze Umsetzung der Schulreform hat eine Öffentlichkeit nötig und muss in der Öffentlichkeit diskutiert werden, sie ist wichtig. Die Interpellationsbeantwortung beantwortet manches, und trotzdem bleiben einige Fragen offen. Ich lese viel, dass Gespräche geführt werden und dies und jenes thematisiert wird, aber ich erfahre wenig konkretes, auch zum Fahrplan. Es wäre schön, wenn wir wüssten, wie der Fahrplan in etwa aussieht, wann die Projektprozesse vonstatten gehen, wann was erreicht wird und welche Ergebnisse

erzielt werden. Es würde mich auch interessieren, wie die ICT-Geschichte entwickelt und besser positioniert wird als jetzt. Es wäre auch interessant zu erfahren, wie viele Lehrpersonen wirklich in Pension gehen aufgrund des neuen Pensionskassengesetzes. Es wäre interessant zu wissen, wie das Sonderpädagogikkonkordat umgesetzt wird, welche Instrumentarien bereits entwickelt wurden und wie das funktionieren soll. In der Interpellationsbeantwortung wird gesagt, dass die Sonderschule in Allschwil einen guten Ruf hat. Das ist sicher richtig, aber trotzdem, die vielen Sonderschüler verursachen Kopfschütteln, nicht nur in Allschwil sondern auch in Liestal. Dort müssen wir genau hinschauen, weshalb es in Allschwil prozentual so viele Sonderschüler und Sonderschülerinnen gibt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass für dieses Projekt kein Budget notwendig ist, da bin ich mir nicht so sicher. Das Projekt wird unterschätzt in seiner Tragweite und in seiner Arbeitsintensität. Ich durfte selber Harnos-Projekte umsetzen und weiss, wie schwierig das ist und wie viel Zeit und Ressourcen es braucht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man dies einfach so, neben dem Courant normal, durchführt. Es ist viel zu wichtig und zu schwierig, um es nebenbei zu machen. Es wird oft auf das Amt für Volksschulen verwiesen. Da muss Allschwil aufpassen und nicht einfach alles übernehmen, was in Liestal beschlossen wird. Allschwil muss eine eigene Schule entwickeln. Sie muss innerhalb des Rahmens, welchen sie erhält, ein eigenes Profil entwickeln. Sie muss sich auf die eigenen Schülerinnen und Schüler und die eigenen Lehrpersonen und ihre Bedürfnisse und Kompetenzen abstützen. Das ist eine umfangreiche Sache und dazu braucht es Ressourcen und viel Zeit und einen langen Atem.

Rolf Adam, Präsident: Gut, wir schauen diese Interpellation als erledigt an.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 15

Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 18.11.2012, betreffend
„Bedarfsabklärung und Massnahmen dritte und vierte Generation“
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4104 / A

Arnold Julier, Gemeinderat: Sie haben die Beantwortung der Interpellation schriftlich erhalten. Es ist tatsächlich so, dass mit der Einführung der Fallpauschale und der Pflegefinanzierung der Druck auf die Altersheime generell zugenommen hat. Vorhin konnten wir mit dem Erweiterungs- und dem Neubau die Warteliste bereinigen auf beinahe Null. In letzter Zeit, mit den verschiedenen neuen Vorschriften und Finanzierungsmodellen, hat der Druck zugenommen. Die Warteliste und die Dauer, bis eine Platzierung vollzogen werden kann, hat sich von sechs Monaten auf zwölf Monate ausgedehnt. Wir haben eine Studie erstellen lassen von der FHNW betreffend Demenzerkrankungen. Gemäss der Liste nimmt diese Krankheit zu. Das ist ein Grund, weshalb wir von der Gemeinde aus mit dem Alterszentrum intensiv in Verbindung stehen und auch beim Kanton Betten beantragt haben, damit wir gemäss der Statistik bzw. den Berechnungen, welche auch beim Kanton gemacht werden, im Jahr 2030 320 Pflegebetten in Allschwil haben. Die Alterskommission hat sich damit intensiv beschäftigt und hat in dieser Situation, wie ich bereits das letzte Mal informiert habe, in Zusammenarbeit mit der Thomi-Hopf-Stiftung, diese Betten generiert. Wir sind relativ weit voran mit der Planung für die neuen Betten im Alterszentrum. Dort soll der Block 127 abgerissen und neu mit Pflegebetten erstellt werden, welche eine flexible Gestaltung haben. Das heisst, dass wir anfangs Betreutes Wohnen anbieten, und wenn der Bedarf steigt, dann kann man daraus Pflegebetten machen. Als Sofortmassnahme stellen wir ein Konzept auf, in Zusammenarbeit mit den Anbietern, Seniorendienst, Spitex, Alterszentrum, damit diese Menschen, die ambulant – ambulant vor stationär – betreut werden können, nicht ins Alterszentrum gehen, sondern ambulant von der Spitex behandelt werden. Erst wenn dies nicht mehr möglich ist, werden die Leute ins Alterszentrum verlegt. Dies sind unsere Massnahmen. Wir haben auch bereits andere Sachen angeschaut, ob wir allenfalls, nebst dem Alterszentrum, Passerellen-Betten generieren könnten. Das ist noch nicht so weit vorangeschritten, als dass ich hier etwas dazu sagen kann. Wir sind daran, dass wir für die verschiedenen Situationen ein möglichst gutes Angebot machen können.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für die detaillierte Beantwortung. Ich stelle einmal mehr fest, ich rede immer bewusst von der dritten und der vierten Generation, dass grosser Handlungsbedarf da ist. Von Seiten der SP-Fraktion wurde dies seit Jahren festgestellt. Qualitativ haben wir sehr gute Angebote. Ich meine aber, dass wir quantitativ, das zeigt sich auch in der Interpellationsbeantwortung, einen Nachholbedarf haben. Wir müssen mit der Zeit gehen. Wenn wir den

Anteil anschauen in der Bevölkerung, dann sind das 22% der Menschen in Allschwil, die über 60 Jahre alt sind, 15% über 65 und 6% über 80. Wir haben hier grosse Herausforderungen. Ich bitte den Gemeinderat darum, diesem grossen Anteil der Gesamtbevölkerung mehr Beachtung zu schenken und fördernd und fordernd einzugreifen. Ein Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner entsprechen momentan nicht dem Alterskonzept, welche im Alterszentrum sind. Dort ist Handlungsbedarf. Ich denke, dass wir gut aufgestellt sind. Der Gemeinderat ist in den Stiftungen und in der Alterskommission vertreten. Diese Vernetzung und diese Koordination wäre dort möglich. Es gibt ein Beispiel, wo ich denke, dass es nicht gelungen ist. Weshalb müssen wir jetzt Block 127 leer machen? Weshalb können wir nicht warten, bis Langmatten II so weit ist, und dann die Sanierung machen? Weshalb wird es nicht so koordiniert? Eventuell gibt es auch bei den Wegmatten etwas, sodass wir das kontinuierlich aufbauen können. Wir haben jetzt ein Vakuum, und danach kommt beides gleichzeitig. Ich wünsche mir, dass weiterhin in dieser Qualität gearbeitet wird, damit dieser grossen Gruppe von Menschen in Allschwil Rechnung getragen wird.

Arnold Julier, Gemeinderat: Kurz zu Langmatten. Der Quartierplan ist durch, die werden jetzt dann anfangen zu bauen. Bei Block 127 ist der Baubeginn erst 2015, bis dahin sind die betreuten Wohnungen bei Langmatten II eventuell parat und können genutzt werden. Andererseits können wir nicht warten, das ist ja da Problem. Du hast selber auch gesagt, dass man vorwärts machen muss und das machen wir jetzt. Wir können nicht warten, bis etwas fertig ist und dann erst anfangen. Wir sind in der Planung bereits voll drin.

Rolf Adam, Präsident: Wird eine Diskussion verlangt?

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage. Ich habe nirgends etwas gefunden zur Thomi-Hopf-Stiftung. Darf ich fragen, was das ist und in welchem Rahmen dort ältere Menschen beherbergt werden können?

Arnold Julier, Gemeinderat: Dann haben Sie letztes Mal nicht gut aufgepasst, Frau Selinger. Letztes Mal hatten wir eine Interpellation von Andreas Bammatter, wo wir genau Auskunft gegeben haben. Diese Interpellation wurde auch schriftlich beantwortet. Die Thomi-Hopf-Stiftung ist an der Oberwilerstrasse, Ecke Winzerweg. Dort hat es ein Gebiet von der Stiftung. Die Stiftung hat das Ziel bzw. die Aufgabe, erstens etwas für das Alter zu machen, zweitens für Kinder und drittens für Tiere. Jetzt haben sie sich mit der Gemeinde Allschwil bzw. mit dem Alterszentrum zusammengeschlossen, um die Betreuungsgestaltung für ältere Leute umzusetzen. Es gibt dort oben Pflegebetten und betreutes Wohnen. Die Vertretung der Thomi-Hopf-Stiftung ist auch vertreten in der Stiftung Alterszentrum. Das Ziel ist, dass sie die Wohnungen und die Pflegebetten bauen, und das Alterszentrum diese betreibt. Das ist eine Dependence des Alterszentrums. Die Gemeinde muss dort nichts bauen und nichts investieren, sondern nur die Betreuung, wie im Alterszentrum, finanzieren, also Beiträge für Bewohnerinnen und Bewohner.

Rolf Adam, Präsident: Gut, wenn keine Diskussion verlangt wird, dann betrachten wir diese Interpellation als abgeschlossen. Es ist 20.30 Uhr, ein fast historischer Moment, dass wir schon so weit sind. Wenn jemand Interesse hat, an das Konzert des Kammerorchesters Allschwil zu gehen, Sonntag, 17. März 2013 um 17.15 Uhr in der Theresienkirche, kann sich bei mir melden. Bei mir liegen zwei Freikarten bereit. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schliesse hiermit die Sitzung.

ENDE